

Kirche 2013: Reich und Mächtig

Die Verflechtung zwischen (v.a. katholischer) Kirche und Staat ist enorm. Das ermöglicht es ersterer, Macht auszuüben, Reichtümer anzuhäufen und tief in die Gesellschaft einzugreifen. Gleichzeitig entzieht sie sich ganz legal beinahe jeder staatlichen Kontrollmöglichkeit. Die Privilegien, die die Kirchen haben gehören endlich beseitigt.

Seite 2

Wie weiter nach Chávez?

Die Perspektiven für Venezuela nach Chávez sind schwer abzuschätzen. Chávez hinterlässt ein großes Vakuum. Zu denken, sein Tod wäre gleichbedeutend mit dem Tod des „Chavismus“, wäre jedoch ein Fehler. Die Neuwahlen am 14. April leiten eine neue Periode von Widersprüchen, Kämpfen und politischer Polarisierung ein.

Seite 12

Schwerpunkt

Warum flüchten Menschen in eine ungewisse Zukunft und trennen sich „freiwillig“ von geliebten Menschen und dem bisschen, das sie besitzen? Fluchtursache: Kapitalismus! Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 217 | 4.2013

Wir fordern: Leistbare Wohnungen für Alle!

Von 2000-2010 sind die Wohnkosten um ca. 40 % gestiegen (AK), die Einkommen aber um ca. 5 % gesunken. Für immer mehr Menschen wird Wohnen unleistbar. In Wien ist – auch dank Gemeindebauten – die Lage weniger dramatisch als z.B. in Salzburg. Österreichweit lebt die Mehrheit im „eigenen“ Haus oder Wohnung. Viele haben sich verschuldet, um sich ein Eigenheim zu finanzieren. Jetzt in der Krise werden die hohen Kredite oft zur Armutsfalle. Die Verteuerung der Energiekosten als Folge von Deregulierung und Privatisierung im Energiesektor

Mieten, die nichts mit dem eigentlichen Arbeits- und Erhaltungsaufwand zu tun haben. Das war nie anders, außer der Druck der ArbeiterInnenklasse hat zum regulierenden Eingreifen im Interesse der MieterInnen geführt wie im „Roten Wien“ der Zwischenkriegszeit. In der Nachkriegszeit erforderte es die Konkurrenz um knappe Arbeitskräfte, Wohnungen in der Nähe der Fabriken zu bauen. Es gab Mietpreisbindungen, den Bau von Sozialwohnungen von Bund, Land und Kommunen, subventionierte Dienst- und Werkwohnungen staatlicher Unter-



Wohnen wird zunehmend unleistbar! Massive öffentliche Investitionen sind notwendig!

ließ in den letzten Jahren die Mietnebenkosten noch stärker als die Mieten ansteigen. Dazu wird bei den Betriebskosten oft betrogen.

Der Kapitalismus macht Wohnen zur Ware. Die Wohnungs-EigentümerInnen verlangen also

nehmen wie Bahn, Post und staatsnaher Firmen (z.B. VOEST-Alpine).

Diese Zeiten sind vorbei. Da der Kapitalismus Schwierigkeiten hat, durch mehr Produktion und Absatz die Profite zu erhöhen, sucht das Kapi-

tal nach Alternativen. Der Wunsch: die in öffentlichem Besitz befindlichen Wohnungen privatisieren, um weiter steigende Mietpreise durchsetzen zu können. Wir sagen: SpekulantInnen müssen enteignet werden, um das

zu beenden! Öffentliche Wohnbauförderung betrifft inzwischen v.a. Genossenschaftsbauten. Für Viele, besonders für Jüngere, stellt ein Genossenschaftsbeitrag ein unüberwindbares Hindernis dar. Wenn die öffentliche Hand zur Senkung von Mieten beitragen möchte, dann muss sie leistbaren Wohnraum für Alle schaffen!

Gerhard Ziegler

Die SLP fordert:

- Keine Privatisierung – öffentliches Wohnbauprogramm unter demokratischer Kontrolle von MieterInnenverbänden!
- Wohnen darf max. 10 % des Einkommens kosten!
- Verpflichtende Instandhaltung auf Kosten der HausbesitzerInnen!

Der Standpunkt



von **Sonja Grusch** Zypern ist für 0,2% der europäischen Wirtschaftsleistung verantwortlich. „Peanuts“, könnte man meinen. Und doch zeigt der verzweifelte Trubel der herrschenden Klasse, wie verwoben und labil die Wirtschaft ist. Die hohe zyprische Staatsverschuldung kann von EU-Seite nicht einfach akzeptiert werden. Doch der Versuch, sich das Geld bei den SparerInnen zu holen, kann die europäische Wirtschaft über die Klippe zur nächsten Krise stoßen. Für clever hatten sich Merkel & Co. gehalten, als sie die Bankeinlagen zwangsbesteuern wollten. Sie meinten, wenn sie höhere Einlagen höher belasten und wenn sie bekannt

Geld unter die Matratze...

machen, wie viel steuerflüchtiges Geld von Superreichen in Zypern liegt, dann würde man übersehen, dass hunderttausende ZypriotInnen einfach bestohlen werden. Die Wut in Zypern ist enorm, Kapitalflucht folgt und Banken krachen.

Das Vertrauen in die Banken und die Regierungen ist endgültig untergraben. Klar geworden ist: Nichts ist sicher und kein Vertrag hält, wenn es für das Überleben des europäischen Kapitals notwendig scheint. Doch wozu dann noch Geld auf der Bank halten, wenn es ohnehin keine Zinsen gibt und die Regierungen es sich einfach unter den Nagel reißen können. Bankenkrise II könnte folgen.

Die Herrschenden stehen vor dem Dilemma: Was immer sie tun, hat negative Auswirkungen. Wird bei A ein Loch gestopft, reißt bei B das nächste auf. Und mit dem Stopfen von A werden bei C noch zusätzliche Probleme geschaffen. Und weil so viele Faktoren zusammenwirken, bricht dann noch bei D und E was auf... Lösung ist keine in Sicht. Doch die Herrschenden sind nicht vom Pech verfolgt, sondern von den systemimmanenten Widersprüchen im Kapitalismus. Ihre Politik ist daher auch nicht „gut“ oder „schlecht“, sondern kann gar nicht funktionieren. Wie ja auch der Kapitalismus offensichtlich nicht funktioniert.

Impressum, Offenlegung lt. §25 des Mediengesetzes:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellung- und Verlagsort: Wien, | DVR: 08.20202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

Arbeiten für Gottes Lohn?

Die **katholische Kirche** ist nicht nur ein Machtapparat, sondern auch ein kapitalistischer Großkonzern mit vielen Unternehmen. Darunter auch im Sozialbereich, die das mildtätige Image fördern sollen. Doch in den Kindergärten, Altenheimen von Caritas & Co. wird um bis zu 190.-/Monat weniger bezahlt als im ohnehin schlecht bezahlten Sozialbereich.

Aus Geldmangel kann es nicht sein, auch wenn

die Finanzen der Kirche und ihrer diversen Unterstrukturen dank Steuerbefreiungen und mehr oder weniger geheimen Strukturen im Dunkeln liegen. Allein für die Sozialeinrichtungen der Kirche zahlt der Staat geschätzte 5 Mrd./Jahr. Wir fordern daher: Schluss mit allen Privilegien, Offenlegung der Finanzen, Enteignung aller Besitztümer, die nicht direkt der Religionsausübung dienen, Aufhebung des Konkordats.



Kirche 2013: Reich und Mächtig

Die **Verflechtung** zwischen (v.a. katholischer) Kirche und Staat ist enorm. Verträge zwischen Österreich und Vatikan und die tradi-

dürfen Beiträge einheben, noch dazu meist steuerfrei. In Gerichten, Schulen und Kindergärten hängen Kreuze. Religionsunter-

tische Regime unterstützen oder der neue Papst die Militärdiktatur in Argentinien, gilt das auch für die Innenpolitik.

Die katholische Kirche beeinflusst alle Bereiche: Medien, Bildungswesen, Soziales, Politik...

tionelle Nähe führender PolitikerInnen zur Kirche setzen dies bis heute fort. Vizekanzler Spindelegger ist Mitglied des katholischen Elite-Ordens der „Ritter zum Heiligen Grab von Jerusalem“ und „Die katholische Renaissance hat unter Wolfgang Schüssel eingesetzt.“ (Andreas Khol).

Präsenz und Privilegien der Kirchen sind weitreichend. Reichtümer werden angehäuft und der Gesellschaft entzogen, Kirchen

richt (vom Staat bezahlt) ist in der Schule obligat, der ORF muss religiöse Inhalte senden.

Wer religiös sein möchte, soll das. Doch Religion und v.a. Kirchen üben Macht aus, direkt oder indirekt. Das steht auch häufig im Widerspruch zu den humanitären oder sozialen Zielen, die viele Gläubige haben und die Kirchen behaupten zu haben. Neben Offensichtlichem, wie dass Kirchenvertreter faschis-

Dank der Blockaden durch kirchennahe PolitikerInnen – z.B. wenn die ÖVP ausreichend Kinderbetreuungseinrichtungen in West-Österreich verhindert – verbreitet die Kirche ein reaktionäres Frauenbild UND füllt das Vakuum. Viele Krankenhäuser, Schulen und Kindergärten sind konfessionell und tragen die Kirchenideologie dann weiter. Schluss damit!

Peter Gründler



Machterhalt durch Angst, Gewalt und Opportunismus

Die **katholische Kirche** und ihre Teilorganisationen sind streng hierarchisch organisiert. Das ermöglicht es ihr, zwielfältige (Geldwäsche) oder schlicht verbrecherische (z.B. körperlicher, seelischer und sexueller Missbrauch) Vorgänge beinahe völlig und für lange Zeit vor den Augen der Öffentlichkeit zu verbergen. Auch die Mitglieder können kaum mitentscheiden oder Informationen über die Vermögen erhalten.

Die autoritären Strukturen fördern den Missbrauch, den sie dann vertuschen. Wo für Gleichberechtigung, Demokratie und damit eine Stärkung der Persönlichkeit kein Platz ist, wo Unterordnung und stilles Akzeptieren von Dogmen gefordert sind, kommt es häufiger zu Verbrechen gegenüber Schwächeren. Und weil die Kirche ein „Staat im Staat“ ist, entzieht sie ihre Würdenträger weitgehend der Strafverfolgung.



FPÖ-Krise: „Rhapsody in Blue“?

Die gar nicht heimliche Schadenfreude über das blaue Debakel bei den Landtagswahlen vom 3. März ist zwar so weitver-

ken-Desperados der FPK „abgestraft“ würden, war abzusehen. Die Wahlschlappe sagt also nichts über die kommenden

rarer werden, bröckelt die „Gesinnungsgemeinschaft“ der „sozialen Heimatpartei“. Sobald es um ihre Mandate ging, stieß selbst

semble des schrulligen Stronach das blaue Lager nicht dauerhaft schwächen können wird. So angeschlagen die Blauen derzeit

Die Blauen sind angeschlagen, aber noch nicht abzuschreiben. Widerstand gegen FPÖ & Co. bleibt aktuell.

breitet wie verständlich. Aber angesichts des Desasters in Niederösterreich und Kärnten schon das „Ende der Rechten“ (profil, 11/13) oder das „Ende einer Führerpartei“ (Der Standard, 20.3.2013) auszurufen, ist leider nicht angebracht. Dass die ewiggestrige Barbara Rosenkranz gegen den allmächtigen NÖ-Landesfürsten Erwin Pröll (ÖVP) chancenlos war, und dass die korrupten Karawan-

Wahlen aus.

Die jüngsten parteiinternen Querelen im FPÖ/FPK-Lager sind vor diesem Hintergrund auch nicht wirklich als inhaltliche Flügelkämpfe zu sehen. Dagegen wird nur in aller Deutlichkeit sichtbar, dass die selbsternannten Sauerbarmänner und -frauen genau die gleichen machtversessenen SesselkleberInnen sind, gegen die sie angeblich ins Feld ziehen. Sobald die Plätze an den Futtertrögen

der Mächtigen-Volkstribun HC Strache bei den Dörfners, Dobernigs, Rosenkranz' auf hinhaltenden Widerstand - wenigstens solange, wie nicht - wie im Falle Dörfner - mindestens ein Versorgungsposten herauschaut. Aber ob und wie weit dadurch Straches Image des „starken Mannes“ bei seinen Fans ramponiert wird, ist keine ausgemachte Sache.

Weniger zweifelhaft ist, dass das Marionetten-

auch wirken mögen, so falsch wäre es, sie vorzeitig abzuschreiben. Sie können so lange punkten, wie der plumpe Hetze der Rechtsrechten keine glaubwürdige Alternative entgegengesetzt wird. Dazu braucht es eine neue, sozialistische Partei der ArbeiterInnen und Jugendlichen.

Alexander Svojtko

Linz, 1. Mai 2013:

Protestkundgebung gegen das alljährliche FPÖ-Treffen

Die Kirche und ihre Pfründe

Die Glaubensgemeinschaften, christliche, islamische, jüdische, buddhistische sowie Zeugen Jehovas haben hierzulande viele Privilegien. Der Wert der vom ORF ausgesendeten - unbezahlten - Religionsformate liegt bei über 112 Mio. Euro. Meinung macht die katholische Kirche auch durch Anteile an u.a. NÖ Pressehaus (54 %) und der Styria Medien AG (verlegt Presse, Kleine Zeitung, Wirtschaftsblatt).

Kirchenbeiträge sind steuerlich absetzbar - Steuerentgang 124 Mio. Euro/Jahr. Die katholische Kirche verdient an den Beiträgen rund 400 Mio.€/Jahr. Kirchen sind vom Stiftungs- und Fonds-gesetz steuerlich ausgenommen und auch von der Grundstückssteuer und der Kapitalverkehrssteuer befreit - Steuerentgang 53 Mio. Euro/Jahr. Die katholische Kirche profitiert jährlich von geschätzten 3,8 Mrd. Steuergeld.

Diözesen und Orden besitzen ca. eine Viertelmillion Hektar Land und erhalten dafür EU-Agrarsubventionen, 2009 mehr als 4 Mio. Euro. Die Kirche hält ca. 121.400 Hektar Wald, Forstbetriebe unter 500 Hektar nicht eingerechnet, im Wert von ca. 1,8 Milliarden Euro. Miet- und Pachteinahmen bescherten ihr 107 Mio. Euro/Jahr. Allein das Stift Klosterneuburg hat im Raum Wien 4.500 Liegenschaften verpachtet.

Seit 1960 kassiert die Kirche als Entschädigung für Beschlagnahmungen durch die Nazis jährlich 44 Mio. Euro/Jahr, unbefristet. Niemand sonst wurde so weitgehend entschädigt.

Die Kirche hält auch Beteiligungen: 85% an der Bank Schelhammer&Schattera, die wiederum mit 5,31% an den Casinos Austria beteiligt ist. Dafür „darf“ der Staat LehrerInnengehälter und Erhaltungskosten der rund 400 konfessionellen Schulen zahlen.

Der rechte Rand

Die „Identitäre Bewegung (IB)“ findet immer mehr Ableger. In Österreich wie auch in anderen Ländern formiert sich das Gesindel. In Frankreich begann es mit der „Génération Identitaire“. Bis heute ist das auch die radikalste Form der „Bewegung“. Wo sich die IB in Österreich eher aus Burschenschaftskreisen und RFJ rekrutiert, steht sie in Frankreich der rechtsextremen Front National nahe. Dort besetzten sie eine Moschee und fielen durch Gewaltbereitschaft auf.

In Deutschland tut sich die Gruppe schwer. Dort entwickelt sie sich zum Sammelbecken gescheiterter Nazis aus anderen Verbänden. Zuletzt verbündete sie sich in Hamburg mit dem deutschen Ableger der faschistischen „English Defense League (EDL)“ gegen die geplante Umwidmung einer Kirche zu einer Moschee. Die kleine Gruppe „Identitärer“ profilierte sich dort als radikalster Teil einer Kundgebung, als sie ca. 2.000 AntifaschistInnen auf einer Gegenveranstaltung angriffen.

Auch in Österreich verschwimmen die Grenzen zum klassischen Neofaschismus zusehends. In Salzburg stürzten acht ihrer Aktivisten eine Veranstaltung der grünen ÖH-Fraktion, MigrantInnen werden mit Ungeziefer gleichgesetzt und ihre Propaganda wird immer martialischer. Inzwischen haben sie sich alle in der „IB Österreich“ zusammengefunden. Führender Kader hier ist der Burschenschaftler Alexander Markovics. Woher die offenbar großen Geldmittel der Bande stammen ist unklar, viel Jubel erhalten sie jedenfalls von Martin Grafts Homepage „unzensuriert.at“ und von „SOS Heimat“.

Die Nulllohnrunde für Landesbedienstete in Salzburg und Wien ist dank einer Revolte gegen den Lohnraub Geschichte. Sie wackelt auch in anderen Bundesländern. In Salzburg gibt es 35 Euro mehr im Monat und eine Einmalzahlung von 100 Euro. Das wurde durch wilde Streiks erkämpft! Die SalzburgerInnen warten nicht erst auf die Erlaubnis ihrer Gewerkschaft GÖD.

In Wien unterschrieben Tausende eine Protesterklärung gegen die Nulllohnrunde. Ausgehend von der Gewerkschaftsfraktion KIV/UG verabschiedeten betriebliche Interessensorgane von 3/4 der Gemeindebediensteten in Wien Resolutionen gegen

Frisch gekämpft, ist halb gewonnen!

„Null Lohn“. Darunter auch viele von KollegInnen der sozialdemokratischen FSG-Fraktion geführte Dienstleistungsausschüsse.

Das, und die Proteste in Salzburg, zwang die Führung der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten GDG zu einem Kurswechsel. Zuvor war sie für Null Lohn. Nun führten sie Verhandlungen – allerdings hinter verschlossenen Türen, ohne Mitsprache der KollegInnen. Ergebnis für Wien: Von Juli 2013 bis Februar 2014 35 Euro pro Monat mehr. Für 2014 eine Lohnerhöhung über der Inflationsrate.

Das ist besser als Null! Mit Mobilisierungen auf der Straße hätte man allerdings weit mehr rausholen können. „Kämpfen wie in Salzburg“ muss zur Parole für ganz Österreich werden! Aber wir müssen uns in den Betrieben selbst organisieren und dürfen uns nicht mehr von BürokratInnen bremsen lassen! Kämpfen lohnt sich und bringt mehr in der Geldtasche!

Christian Bunke



* T-Shirt-Spruch auf einer Demo im Jahr 2011

Sozial – aber nicht blöd!*

Weit über hunderttausend Menschen arbeiten im privaten Gesundheits- und Sozialbereich, die überwiegende Mehrheit sind Frau-

en. In manchen Bereichen sind es fast 100 % (z.B. in Teilen der Kinderbetreuung). Der Verdienst liegt 20 % unter dem österreichischen Durchschnittseinkommen. Viele – vor allem Frauen – sind „arm trotz Arbeit“.

Die Arbeitsbedingungen sind katastrophal – nun nehmen im Sozialbereich Arbeitskämpfe zu.

Der letzte Gehaltsabschluss von 2,75 % für die Sozialwirtschaft (früher „BAGS-KV“) und verschiedene kirchliche Einrichtungen wird diesen Trend

noch verstärken. Allerdings: Im Verhandlungskomitee der Beschäftigten stimmten nur 21 für den Abschluss und 19 dagegen.

verbessert. Mit Betriebsversammlungen und gemeinsamen Aktionen müssen wir uns auf die KVRunde vorbereiten. Da-

zu gehört auch der Aufbau von Betriebsgruppen. Wir müssen stark genug werden, um – auch mit Streiks – unser Ziel durchzusetzen! Dass Streik möglich ist, haben die KollegInnen in den Oberösterreichischen Ordensspitälern mit zwei Warnstreiks eindrucksvoll bewiesen. Die Streiks waren aktiv gestaltet und die PatientInnen wurden eingebunden. Um so bedauerlicher ist der Abschluss mit

1 % Erhöhung und einer extrem geringen Arbeitszeitverkürzung (von 40 auf 39,2 Wochenstunden), obwohl im Vorfeld ein Abschluss über der Inflationsrate gefordert wurde. Tatsächlich stimmte dann auf verschiedenen Betriebsversammlungen rund ein Drittel gegen den Abschluss – eine Erhöhung über der Teuerungsrate hätte man durch weitere Streiks erreichen können.

Egal ob Kindergärten, Spitäler oder Pflege: Im Sozialbereich gärt es ordentlich. Niedrigabschlüsse und vorzeitige Streikabbrüche (wie jüngst bei den Caritas-kindergärten in Oberösterreich) können wir uns nicht mehr leisten!

Michael Gehmacher, Behindertenbetreuer

Einigung Journalisten-KV: Ja, aber?



Seit Jahren pushen die Medien prekäre Arbeitsverhältnisse, um Kosten zu sparen – obwohl die Medienkonzerne alles andere als arm sind. Die Raiffeisenbank steht hinter dem Kurier, die WAZ hinter der Krone etc. Im Herbst gab es eine öffentliche Betriebsversammlung gegen die Kündigung des KV durch die Unternehmen und gegen Personalabbau. Dabei waren viele freie und Online-JournalistInnen. Nun gibt es zwischen Gewerk-

schaft und Verlegern eine Einigung über einen neuen KV, der nicht nur die Onliner sondern auch die Freien einbeziehen soll – es wird mit bis zu einem Viertel Neueintritten gerechnet. Die Einigung scheint für die Freien und Onliner eine Verbesserung zu sein. Aber selbst die Unternehmen rechnen langfristig mit Einsparungen, denn das 15. Gehalt fällt weg und es gibt Abschläge bei den Einstiegsgehältern. Offen ist auch, wie viele

Freie tatsächlich angestellt werden, und ob sich der Anteil prekärer Jobs nicht wieder schleichend erhöht. Die Frage ist, ob nicht mit weiteren Kampfmaßnahmen wie z.B. einem Streik die Einbeziehung der freien und Onliner in den KV ohne Verschlechterungen erkämpft werden könnte. Denn die KollegInnen haben gezeigt, dass sie bereit sind zu kämpfen.

Eine Beschäftigte im Medienbereich

Linz: Lautstarke Demo für Flüchtlinge

Die SLP organisierte am 21. März in Linz eine Demonstration gegen die derzeitige Asylpolitik, um auf die unzumutbaren Bedingungen für Flüchtlinge in Österreich aufmerksam zu machen. Rund 50 AktivistInnen von anderen linken Organisationen wie KPÖ und ATIGF (Föderation der Arbeiter und Studenten aus der Türkei in Österreich), SympathisantInnen und zahlreiche betroffene Flüchtlinge kamen trotz eisiger Temperaturen zur Demo. Sogar aus Wien kamen UnterstützerInnen und v.a. auch drei Flüchtlinge, die eine zentrale Rolle in der Bewegung spielen.

Die SLP unterstützt die Proteste von Flüchtlingen und kämpft seit Jahren für das Recht auf Arbeit und Bleiberecht von AsylwerberInnen. Mit der Demo in Linz wurde ein weiterer Schritt zur Ausweitung der Proteste auf ganz Österreich gesetzt. Den Flüchtlingen geht es darum, die Ungerechtigkeiten unseres Asylwesens aufzuzeigen und zu bekämpfen sowie in direkten Kontakt mit der Bevölkerung zu treten.

Ein Aktivist aus Wien machte in seiner Rede deutlich, warum es ihm wichtig war, zur Demo zu kommen: „Die Menschen, die hier geboren sind und die Menschen die hierhergekommen sind, weil sie in ihrem Land verfolgt wer-

den oder dort nicht leben können, haben im Grunde die gleichen Interessen: einen gutbezahlten Job, um seine Familie zu ernähren, eine gute Bildung für die Kinder. Deshalb ist es wichtig, dass wir gemeinsam gegen Sparmaßnahmen und Verschlechterungen im Sozialbereich kämpfen.“ Besonders eindrucksvoll schilderte ein betroffener Asylwerber die Schikanen, denen er ausgesetzt war.

Mit lautstarken Parolen marschierten wir durch die Innenstadt. Die Demonstration war mit Reden und Demospredchören stark von den Flüchtlingen selbst geprägt und das Megaphon wurde über weite Strecken von Flüchtlingen genutzt. Das spiegelt das Ende der Stellvertreterpolitik in der Flüchtlingsbewegung deutlich wider. Viele Passanten reagierten sehr positiv auf den Protest. Viele wünschten uns viel Erfolg, kauften ein Vorwärts und manche reihten sich ein, um die Demo ein Stück weit zu unterstützen.

Durch die lange und intensive Mobilisierung auf der Straße und mit Plakaten konnten neue Leute auf das Thema angesprochen und in die Proteste eingebunden werden. Bei einem anschließendem Treffen wurden weitere Aktionen geplant.

Lisa Wawra



Graz: Protest vor Bank

Seit Monaten gibt es Lippenbekenntnisse, dass die Krise vorbei wäre. Das wurde in Zypern nun Lügen gestraft. Wie so oft

fen, protestierten wir in Graz. Mit einer kämpferischen Aktion in der Herrengasse am 29. März vor einer Filiale der Bank

müssen sich endlich international mit bspw. Zypern, Griechenland oder Spanien vernetzen, um erfolgreich sein zu können.

5 Billionen Euro Bankenhilfe in Europa. Auf der anderen Seite Kürzungen allenorts.

sollen Menschen für eine Krise bezahlen, die sie nicht verursacht haben: diesmal die ZypriotInnen. Das gilt genauso für Österreich. Von 2008 bis 1.10.2012 genehmigte die EU-Kommission über fünf Billionen Euro an Beihilfen zur Unterstützung der Finanzbranche, das sind 40,3% des BIP der EU.

Um gegen diese Ungerechtigkeit anzukämpfen

Austria machten wir klar, dass uns die herrschende Klasse nicht beliebig auf der Nase herumtanzen darf. Wir verkauften Zeitungen und diskutierten mit den PassantInnen. Die Aktion stieß auf sehr positive Resonanz, da in der Steiermark selbst erst kürzlich Sozialkürzungen von bis zu 25 % umgesetzt werden.

Die Proteste gegen die verschiedenen Sparpakete

Das Komitee für eine ArbeiterInneninternationale, deren österreichische Sektion die SLP ist, kämpft international gegen das Spardiktat von EU und Troika und auch in Graz muss der Widerstand gegen die verquere Sparlogik weitergehen.

Moritz Erkl



Rassismus in der Justiz: Black and White, unite and fight!

Wer einen Österreicher vor die U-Bahn stößt, muss mit 18 Jahren Haft rechnen. Wenn ein rassistischer Österreicher eine schwarze Frau vor die U-Bahn stößt, erhält er nur ein Jahr bedingt.

Gegen diese Ungerechtigkeit gingen am 22.3. in Wien ca. 500 wütende Personen auf die Straße. Ziel war es, Politik und Justiz unter Druck zu setzen. Ermutigt durch die aktuelle Flüchtlingsbewegung hatten schon bei der Verkün-

dung des Schandurteils einige AktivistInnen aus der afrikanischen Community protestiert.

Die SLP brachte den Slogan „Black and White, unite and fight!“ ein und er wurde gerne übernommen. Gemeinsam kämpfen statt uns spalten zu lassen werden wir auch beim Berufungsverfahren. Rassismus in Polizei und Justiz ist leider alltäglich. Es ist Zeit, dass der Kampf dagegen es auch wird!

Bernhard Mallinger

Termin des Monats



Solidarität mit Südafrika

Am 21.3. wurde in Südafrika die Workers and Socialist Party (WASP) gegründet. Sie ist Ausdruck für den Wunsch nach einer echten ArbeiterInnenpartei. Denn in den Streiks bei den Bergleuten 2012 hat sich deutlich gezeigt, wo der ANC steht: Es wurde gegen die Streikenden verbal und ganz real „scharf geschossen“.

Ein Konzert mit Laura Rafetseder, Sebastian Kugler, u.a. 26. April, 21.00, Cafe Concerto, Lerchenfelder Gürtel Der Erlös geht zu 100% nach Südafrika!

Liebe facebook-groups!

Als die Medien von der Insolvenzgefahr der Firma Niemetz berichteten, tratet ihr in Aktion. Eure Schwedenbomben-Rettungsversuche sind: süß. Mehr nicht. Was ist der Fokus? Wer muss gerettet werden? Die EigentümerInnen Niemetz & Batchelor sind und bleiben stinkreich. Die schlecht bezahlten Beschäftigten (v.a. Frauen) müssen bluten.

2012 wurde monatelang die Auszahlung der Löhne verweigert. Niemetz ist eine GmbH – daher kann das Vermögen der EigentümerInnen nicht für die Lohnzahlungen herangezogen werden. Das Unternehmen wurde schon

Rote Seitenblicke

mehrfach vertragsbrüchig. DAS sind Skandale, die einen „shitstorm“ erfordern.

Die Geschäftsführung zeigt Anzeichen von Unfähigkeit. Seit Jahren müsste der Maschinenpark modernisiert werden. Und nun überfordert ihr dieses Top-Management mit „viralem Marketing“ (Ausnutzung sozialer Netzwerke für Werbung).

Ein Hebel nützt nichts, wenn er falsch angesetzt wird! Wenn online-Aktivismus, dann sollten wir in Solidarität mit den Beschäftigten Antworten auf folgende Fragen einfordern: Wie viele Euro haben die EigentümerInnen die letzten Jahre über entnommen? Legt die Bücher offen! Warum bekommen die Beschäftigten das ihnen zustehende Geld nicht sofort inklusive Zinsen aus diesem Vermögen?

Ganz im Ernst: Am liebsten würde ich diese schaumgefüllten Leckerlis kistenweise kaufen, wenn die Produktion unter Kontrolle der Beschäftigten laufen sollte. Mit und ohne Kokos. **Franz Neuhold**



Recht auf sein Recht

Bei Protestaktionen der Flüchtlinge in der Votivkirche fallen musikalische Auftritte aus Ex-Jugoslawien auf. Einer der bekanntesten Aktivisten von Mig-

tätsbekundung von Immigrierten an Immigrierte sozusagen.

Rosandić fällt schon seit Jahren auf. Schaut man auf die künstlerische Ent-

fährt eine andere, teils mit Ex-Jugoslawien verbundene Band, die ebenfalls an einem Solidaritätskonzert für die AsylwerberInnen teilnahm. Roy de

wichtiges Thema, das gerade durch Musik in deren Szene hineingetragen werden kann. „Mit Politik habe ich aber nicht so viel am Hut, auch das

Musikalische Solidarität mit den „Votivkirchenflüchtlingen“ von ex-jugoslawischer Seite.

rantInnen ist der gebürtige Kroat und Rapper Petar Rosandić aka Kid Pex. Im Lied Recht auf Leben, das er gemeinsam mit dem Wiener Rapper Alexander Gabriel aufnahm, singt er: „Hier im Lande des Wohlstandes träumen Entrechtete von ihren Rechten“ und spricht damit nicht nur die Situation der Flüchtlinge an, sondern auch die von vielen MigrantInnen, die hier leben. Eine Solidari-

wicklung des 28-Jährigen, kommen auch Lieder wie Dodi u Beć/Komm nach Wien (eine Ode an die Multikulturalität Wiens) oder Perestroika (russ. Wort für Umbruch) auf. Mit Perestroika spricht er sowohl die Probleme der (Neo-)Migranten an, als auch ganz allgemein Themen wie Nationalismus, Rassismus und Kapitalismus.

Eine schon eher sozialistisch anmutende Linie

Roy arbeitet mit sozialistischer Symbolik (z.B. Titelbild des Albums Bohemian Bolsheviks) und Texten (u.a. Zitate von Leo Trotzki). Auch Hor 29 novembra, ein „Partisanenchor“, dessen Name eine Anspielung auf das Gründungsdatum Jugoslawiens ist, machte bei einer Aktion vor der Votivkirche mit.

Die wachsende Solidarität zwischen den MigrantInnen-Gruppen ist ein

Lied basiert eher auf einem menschlichen als einem politischen Background“, meint Kid Pex im Interview. Auch hier wird deutlich, dass viele Menschen durch die etablierte Politik verdrossen sind und sich für unpolitisch halten, auch wenn sie sich durch ihre „menschliche“ Arbeit schon längst auf höchst politischem Boden befinden.

Clemens Wiesinger

Das Selbstverständliche wird zum Luxus

Schifahren ist in Österreich nicht nur Sport. Eine WM mit wenigen Medaillen ist eine nationale Katastrophe, keine Siege in der Herren-Abfahrt auch. Die Euro-Krise ist dagegen fast wurscht. Der Wintertourismus hängt schließlich von den Erfolgen ab. Und der ist in Österreich wichtig. Ferien wurden für eine bessere Bettenauslastung verschoben, das Schi-Team mit Millionen von Steuergeldern unterstützt. Der Druck auf uns alle schizufahren ist demnach groß.

Schifahren ist deswegen noch immer ein Volkssport. Und was für ein teurer noch dazu! Alleine für die Grundausrüstung (Schuhe, Anzug, Schier etc.) sind schnell 1.000,- Euro weg. Bei einer 4-köpfigen Familie macht das die Hälfte eines neuen Kleinwagens aus! Dann kommen aber erst die Kosten für das eigentliche Schifahren, Liftkarten und Unterbringung. Wer kann sich das heute noch leisten?

Vor diesem Dilemma steht auch die Schi- und Tourismusindustrie. Deswegen werden weiter Millionen in den Schisport gepumpt, damit Familien ihre Reserven und Kredite „brav“ für den Schiurlaub auf den Kopf stellen. Die Kosten für Schulschikurse stellen viele Familien vor echte Probleme. Diese sollten kostenlos sein, statt Geld in den Spitzensport zu stecken.

Albert Kropf





Sündenböcke, Lohndrücker, Unmündige

„Das Boot ist voll!“ meinen Rechte, wenn es um Zuwanderung geht. Angesichts tausender Menschen, die bei der Flucht übers Mittelmeer sterben, ist der Spruch besonders brutal. Aber die Hetze geht weiter: „Die Ausländer“ nehmen „uns“ die Jobs weg, belasten „unser“ Sozialsystem, zerstören „unsere“ Kultur und überschwemmen „uns“ mit Drogen. Laut FPÖ&Co

Herkunft, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung.

Besonders in Österreich wendet sich die Hetze in Krone, Heute und anderen Medien gegen Flüchtlinge. Die Angeblich hohen Kosten fürs Asylwesen werden gering, wenn sie mit Bankenrettungspaketen oder Verlusten durch Spekulation und Korruption verglichen werden. Und

noch werden Menschen, die gegen die Taliban gekämpft haben, abgeschoben. Mit dem Grenzübertritt kommt es auch zur Entmündigung: AsylwerberInnen dürfen sich nicht politisch für ihre Heimat engagieren. Wenn sie für sich selbst sprechen, wirft man ihnen Undankbarkeit vor. Sie dürfen sich eben höchstens für die Propaganda der Herrschenden einspannen lassen.

nen sie jederzeit an die Fremdenpolizei ausgeliefert werden. Das Asylgesetz dient zur Ruhigstellung von ArbeiterInnen, die sich für ihre Rechte einsetzen wollen! Das schadet auch den legal Beschäftigten: Die Niedriglöhne ihrer illegal beschäftigten KollegInnen erhöhen den Druck auf die eigenen Löhne.

Seit November 2012 haben sich die Flüchtlin-

litische Personen ernst und versuchen sogar, ihren Kampf zu sabotieren: Wer in Flüchtlingsunterkünften Flugzettel verteilt, fliegt raus. Statt den Kampf zu unterstützen, hetzt die Caritas gegen eine angebliche linksextreme Vereinnahmung des Protestes.

Auch die Grünen, die seit Jahrzehnten als einzige im Parlament gegen die stän-

Rassismus lenkt von den eigentlichen Ursachen und Verantwortlichen für Krise und Kürzungen ab.

gibt es „uns“ und „die Ausländer“.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Während Unternehmen und PolitikerInnen sich legal und illegal bereichern, wird bei uns gekürzt. „Wir“, das sind in Wirklichkeit ArbeitnehmerInnen, Erwerbslose, Jugendliche und PensionistInnen. Statt die Teilung in 99 % und 1 % zu sehen, ist es den Herrschenden lieber, wir spalten uns nach

es gibt in Österreich fast dreimal so viele MillionärInnen (über 70.000) wie AsylwerberInnen.

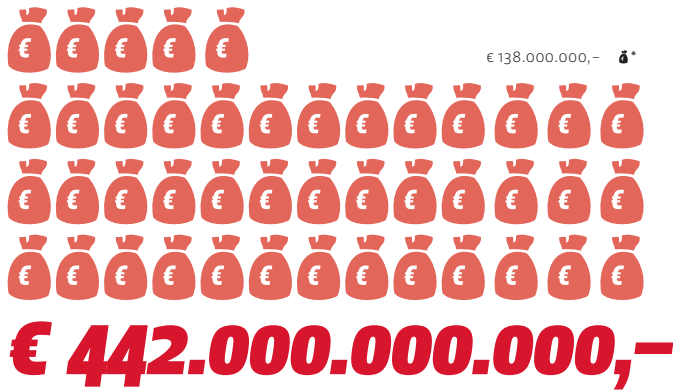
Flüchtlinge werden beschimpft – oder benutzt: Um gegen „den Kommunismus“ zu schimpfen, eigneten sich die Ungarn-Flüchtlinge, die 1956 mit offenen Armen empfangen wurden, gut. Da sind die Herrschenden flexibel: Die Regierung ist zwar gegen islamistischen Terror. Den-

Das extrem repressive Asylgesetz dient auch der Wirtschaft: Schwarzarbeit ist ein wichtiger Faktor, ca. 90.000 MigrantInnen arbeiten ohne Vertrag. Gut für die Unternehmen, die extrem geringe Löhne, keine Sozialabgaben und keine Steuern zahlen. Werden sie erwischt, werden v.a. die ArbeiterInnen bestraft. Wenn sich SchwarzarbeiterInnen gegen ihre Arbeitsbedingungen wehren, kön-

ge selber organisiert und wehren sich gegen die Missstände. Aber damit haben sie für viele, auch langjährige UnterstützerInnen, eine Linie überschritten. Seit Jahrzehnten kümmern sich Vereine wie die Caritas um die Not der Flüchtlinge. Allerdings beschränken sie sich auf das leibliche Wohl. Einen politischen Kampf führen sie nicht. So nehmen sie selbst jetzt die Flüchtlinge nicht als po-

digen Verschärfungen des Fremdenrechts stimmen, sind jetzt eher still geworden. Sie trauen sich kaum, noch dazu in einem Wahljahr, die unpopuläre Sache der Flüchtlinge aufzunehmen. Flüchtlinge sind für die etablierten Parteien v.a. politischer Spielball – für Fluchtursachen oder ihre Bedürfnisse interessiert sich kaum jemand.

Tilman M. Ruster

Privilegierte Asylwerber?

Die jährlichen Kosten des gesamten Asylwesens in Österreich (€ 138 Mio. [1], da sind € 16,-/Person & Tag) könnten mit dem Privatvermögen des reichsten Prozents der Bevölkerung (€ 442 Mrd. [2]) 3.203 Jahre gedeckt werden.

Quellen: [1] BMI, Beantwortung 1092/AB d. parlam. Anfrage 1050/I, 2009 II [2] AK OÖ, "Verteilung der Vermögen in Österreich", 2012 * Abbildung doppelt vergrößert

Osterreichische Unternehmen beuten international aus

➤ **OMV** Die OMV plant mit internationalen Partnern die „Nabucco-Pipeline“, die Erdgas vom kaspischen Meer nach Baumgarten (NÖ) bringen soll. Neben Schäden für die Umwelt nimmt die OMV damit auch enge Zusammenarbeit mit diversen Regimes in Kauf. Schon jetzt ist Kasachstan mit Öl im Wert von 1,4 Mrd.€/Jahr Österreichs wichtigster Öl-Lieferant, aus Libyen kamen zu Gaddafis Zeiten ebenfalls tausende Barrel.

➤ **Banken** Die Bank Austria war bis vor kurzem ebenfalls in Kasachstan aktiv. Alle großen österreichischen Banken haben sich in das ungarische Kreditgeschäft eingemischt (Umfang ca. 40 Mrd.€). Mit der Vergabe riskanter Privatkredite sind sie mit für die ungarische Krise und die Zwangsäumung tausender privater Haushalte verantwortlich. Von ca. 1,3 Millionen Privat-KreditnehmerInnen haben 800.000 Zahlungsschwierigkeiten! Die Raiffeisenbank hält den zweitgrößten Anteil am ungarischen Bankwesen, die Erste Bank ist der zweitgrößte Kreditgeber in ganz Osteuropa. In ganz Osteuropa sind Millionen Menschen durch „günstige Kredite“ ausländischer Banken verarmt.

➤ **Waffen** Waffen „made in Austria“ sind in vielen Konflikten weltweit vertreten. Derzeit kämpfen auch syrische und irakische Rebellen mit Waffen der Firma Steyr-Daimler-Puch AG Austria, auch gegen ZivilistInnen. Auch die Taliban in Afghanistan und Pakistan kämpfen mit Steyr-Gewehren. 2004 verkaufte die Firma mit Genehmigung der Bundesregierung 800 Präzisionsgewehre an den Iran. Diese halfen bei der Bekämpfung der Revolte von 2009. Glock rüstet neuerdings britische Afghanistan-Truppen aus. Waffen der Firma tauchten bei sudanesischen Rebellen auf.

➤ **Baubranche** Der Baukonzern Strabag ist u.a. im arabischen Raum aktiv. Vor der Revolution bauten sie an einem neuen Stadion in Tripolis. Insgesamt hatte sie Bauaufträge im Wert von ca. 350 Mio.€ von der libyschen Diktatur. Derzeit arbeitet der Konzern an Verträgen mit der neuen Regierung. Auch der OÖ-Baustoffproduzent Asamer hat in drei Zementwerken 170 Mio.€ in Libyen investiert. Er ist unter anderem auch in Saudi-Arabien, den arab. Emiraten und der Ukraine mit Werken vertreten.

**Blame The System!
Fluchtursache:
Kapitalismus!**

Warum flüchten Menschen aus einer vertrauten Umgebung in eine ungewisse Zukunft und trennen sich „freiwillig“ von geliebten Menschen und dem bisschen, das sie besitzen? Alleine 1921-35 wanderten ca. 23.000 WienerInnen und 20.000 Burgenlän-

nicht als Asylgrund anerkannt werden). Auch wenn diese Interpretation umstritten ist, bedeutet das lediglich, dass alle anderen Flüchtlinge aus Sicht des bürgerlichen Staates keinen besonderen Schutzbedarf (vor politischer Verfolgung) haben, nicht je-

Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und auf der ungleichen Entwicklung der Weltwirtschaft. Bevor der Kapitalismus zum weltumspannenden System wurde, bedurfte es des Kolonialismus, der territorialen Aufteilung der Welt unter den kapitalistischen Zentren.

Über diesen blutigen Prozess der „ursprünglichen Akkumulation“, der für den Aufstieg des Kapitalismus notwendig war, schreibt Marx in „Das Kapital“ (1867): „Die Entdeckung der Gold- und Silberländer in Amerika, die Ausrottung, Versklavung und Vergrabung der eingeborenen Bevölkerung in die Bergwerke, die beginnende Eroberung und Ausplünderung von Ostindien, die Verwandlung von Afrika in ein Gehege zur Handelsjagd auf Schwarzhäute, bezeichnen die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära. (...) Den aufschießenden Manufakturen sicherte die Kolonie Absatzmarkt und eine durch das Marktmonopol potenzierte Akkumulation. Der außerhalb Europas direkt durch Plünderung, Versklavung und Raubmord erbeutete Schatz floss ins Mutterland zurück und verwandelte sich hier in Kapital.“

Privateigentum und Profitmaximierung sind alles – der Mensch ist nichts! In der gegenwärtigen Phase, dem Stadium des Imperialismus, der (kontinuierlichen) ökonomischen (Neu-)Aufteilung der Welt unter einigen wenigen Großmächten, werden aus

Über 40 Mio. Menschen sind weltweit auf der Flucht; 1/3 sind Binnenflüchtlinge.

derInnen in Hoffnung auf ein besseres Leben, meist in die USA, aus. Heute hat Österreich eines der restriktivsten „Fremdenrechte“ Europas. Selbst in der Schweiz haben AsylwerberInnen ein Arbeitsrecht. Migrationsbewegungen und Flüchtlingsströme hat es immer gegeben (auch in Österreich). Doch versucht die herrschende Ideologie, sie auf ein „Dritte-Welt-Problem“ zu reduzieren. Die häufig vorgenommene Trennung zwischen „politischen“ und „wirtschaftlichen“ Fluchtursachen ist unzulässig. Welche seriöse HistorikerIn würde heute die sogenannte „Völkerwanderungen“ im beginnenden Mittelalter auf eine einzige Ursache reduzieren?

Die Gründe für Flucht reichen von Krieg und Gewalt, politischer Verfolgung, Diskriminierung jeder Art, ethnischen oder religiösen Konflikten über Naturkatastrophen und Klimawandel bis hin zu Hungersnöten und (extrem) Armut (wobei letztere von der Genfer Konvention

doch, dass ihnen die Menschenwürde genommen, die Einreise verweigert oder das Bleiberecht verweigert werden soll. Keiner von uns kann sich Ort, Gesellschaftsschicht oder Familie aussuchen, in die sie/er geboren wird. Auch wenn uns Medien und Politik das weismachen wollen, sind nicht individuelles Machtstreben oder Gier die Hauptursache für Flucht und Elend. Es ist vielmehr die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit, auf der das kapitalistische Weltsystem gründet. Korrupte und autoritäre Regimes sind dann der Ausdruck dieser enormen Ungleichheit.

Das kapitalistische Profitssystem hat weltweit die soziale Ungleichheit, die Kluft zwischen den lohnabhängigen Massen und den sie beherrschenden Eliten (und somit auch die Gewaltspirale sowie Umweltkatastrophen) auf ein zuvor nicht gekanntes Niveau katapultiert. Als Klassengesellschaft fußt der Kapitalismus auf der



den alten Kolonien formell "souveräne Staaten". Tatsächlich bleiben die meisten dieser Länder wirtschaftlich und politisch abhängige Satelliten (Semi- oder Neo-Kolonien) mit einer Fülle ungelöster Probleme. Wer ausschweift und einen "eigenständi-

Der Kapitalexpert, als besonders charakteristische Erscheinung zum Unterschied vom Warenexport im nicht-monopolistischen Kapitalismus, steht in engem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und der politisch-territorialen Aufteilung der Welt;

passt werden soll. Auch österreichische Unternehmen und (Ex-)PolitikerInnen sind führend an dieser Form des Wirtschaftens beteiligt. So pflegt(e) beispielsweise die OMV enge Kontakte zum Gaddafi-Regime sowie zum Iran. Ex-Kanzler Gusenbauer ist seit 2010 Berater des kasachischen Diktators Nasarbajew. Österreichs KapitalistInnen und PolitikerInnen haben direkten Anteil an den Fluchtursachen in den betreffenden Ländern. Sie haben Interesse an einer "Stabilisierung" in Mali, um die Rohstoffvorkommen zu sichern. Sie profitieren von den Landenteignungen in Indien, die wieder ein Grund für Flucht und Armut in der Region sind.

Daher scheitern auch alle Lösungsansätze, die Armut als regionales oder kulturelles Problem betrachten. Auch durch den Kauf von „Fair Trade“-Produkten oder Verzicht können „wir hier im Norden“ die Not im „Süden“ nicht lindern. Es ist nicht „unser“ Wunsch (bzw. unsere Notwendigkeit) nach billigen Konsumgütern, der die Löhne in Pakistan drückt, sondern ein kapitalistisches Wirtschaftssystem, das die Ware Arbeitskraft überall ausbeutet. Es sind also die Flüchtlinge ebensowenig schuld an der miesen Lage in ihren Herkunftsländern wie die ArbeiterInnenklasse in den entwickelten kapitalistischen Ländern schuld daran ist. Das System Kapitalismus ist die Ursache – und zwar weltweit!

Pablo Hörtner

Welche Strapazen viele Flüchtlinge erleiden müssen, ist oftmals schwer vorstellbar.

gen Weg" versucht, wird zum Schurkenstaat deklariert. Geändert haben sich lediglich die Vorzeichen. Zur Zeit des Kalten Krieges richtete sich der Zorn des Imperialismus v.a. gegen den "Kommunismus" und nationale Befreiungsbewegungen, heute richtet sich der "War on Terror" gegen die seinerzeit von USA & Co. zur Schwächung der Linken (mit)aufgebauten al-Qaida und anderer dschihadistischer Organisationen. Dass es dem Imperialismus dabei nicht um die Wahrung der Menschenrechte, sondern ausschließlich um die Sicherung von Macht und Profiten geht, ist offensichtlich.

Lenin fasst den Übergang vom Kolonialismus zum Imperialismus 1916 als "die Besitzergreifung der Rohstoffquellen durch die Trusts und die Finanzoligarchie (Finanzkapital ist das mit dem Bankkapital verschmolzene monopolistische Industriekapital); die (ökonomische) Aufteilung der Welt durch internationale Kartelle hat begonnen. (...)

die territoriale Aufteilung der Welt (Kolonien) ist abgeschlossen." zusammen. So sichern die Regierungen den großen Banken und Konzernen ihre Einflussphären und Absatzmärkte, achten auf billige Rohstoffquellen, niedrige Löhne und korrupte Regierungen, die sozialen Protest und politische Organisation unterdrücken und so für Wettbewerbsvorteile und größtmögliche Profite sorgen. Wer Widerstand leistet, bezahlt dafür nicht selten mit dem Leben. Viele Menschen sehen in der Flucht den letzten Ausweg aus der Misere.

Internationale Organisationen wie WTO, IWF und Weltbank (beides Sonderorganisationen der UNO) sorgen durch Schuldenfalle und aufgezwungene Monstersparpakete für eine Aufrechterhaltung des Abhängigkeitsverhältnisses. Die UNO dient als humanitäre Maske, mit deren Hilfe dem politischem Druck, Wirtschaftssanktionen und Kriegen seitens des Imperialismus ein menschliches Antlitz ver-



Marx aktuell

MigrantInnen erfüllen für den Kapitalismus die Funktion eines schier unerschöpflichen Potenzials billiger Arbeitskräfte, die global mobil und einsetzbar sind. Und seit ihren Anfängen hat sich die ArbeiterInnenbewegung mit der Migrationsfrage beschäftigt. Der Entwicklung dieser Bewegung folgend haben sich auch deren Positionen geändert bzw. spiegeln sich die unterschiedlichen Zugänge innerhalb der ArbeiterInnenbewegung wider. Die verschiedenen Herangehensweisen zwischen reformistischen und revolutionären Strömungen werden gerade in der Frage der Migration und der Behandlung von MigrantInnen überdeutlich.

Reformismus agiert im Rahmen der kapitalistischen Logik. Daraus kann sich dann auch ein Schulterchluss von reformistischen ArbeiterInnen-"Führungen" mit den Interessen des „eigenen“ nationalstaatlichen Ka-

Migration, Marxismus und Reformismus

pital ergeben. Standortpolitik ist notwendig und auch, dass die Höhe der Arbeitskosten das „eigene“ Kapital nicht in seiner Wettbewerbsfähigkeit einschränken. MigrantInnen erfüllen einerseits diese Aufgabe und werden andererseits als Konkurrenz am Arbeitsmarkt wahrgenommen. Die Spaltungspolitik der herrschenden Klasse wird so von der reformistischen Führung noch weiter in die ArbeiterInnenklasse hineingetragen.

Marx hat schon 1870 in Bezug auf die Einwanderung irischer Arbeitskräfte nach England geschrieben: „... hat die englische Bourgeoisie das irische Elend nicht nur ausgenutzt, um durch die erzwungene Einwanderung der armen Iren die Lage der Arbeiterklasse in England zu verschlechtern, sondern sie hat überdies das Proletariat in zwei feindliche Lager gespalten. Dieser Antagonismus zwischen den Proletariaten in England selbst wird von der Bourgeoisie künstlich geschürt und wach gehalten. Sie weiß, dass diese Spaltung das wahre Geheimnis der Erhaltung ihrer Macht ist.“

Daraus folgte dann auch, dass diverse reformistische Strömungen in der Sozialdemokratie und später im Stalinismus auf Maßnahmen zur Abschottung gegen ausländische Arbeitskräfte setzten. Zuwanderungsbeschränkungen, Einstellungsverbote etc. Begründet wurde dies teilweise mit rassistischen Vorurteilen über deren angeblich „niedrigere Kultur“ oder schlicht mit nationalistischer „unsere Leute zuerst“-Politik.

Revolutionäre MarxistInnen haben dementsgegen immer einen „Klassenstandpunkt“ eingenommen. Sie haben, wie auf dem Weltkongress der 2. Internationale 1907 (bei dem sich die MarxistInnen in dieser Frage zwar auf dem Papier durchsetzten, wo aber in den nationalen sozialdemokratischen Parteien längst reformistisch-nationalistischer Pragmatismus herrschte) die Forderung festgehalten: „Abschaffung aller Beschränkungen, welche bestimmte Nationalitäten oder Rassen vom Aufenthalt in einem Lande und den sozialen, politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen oder sie ihnen erschweren“. Zentral war dabei auch stets, die Organisationen der ArbeiterInnenbewegung für MigrantInnen nicht nur formal zu öffnen, sondern unter diesen offensiv zu werben.

Weil sie die Sorgen der heimischen ArbeiterInnen vor dem Einsatz von MigrantInnen ernst nehmen, haben sie soziale Forderungen aufgestellt, die für alle gelten, um so die Spaltung in in- und ausländische Arbeitskräfte zu überwinden.

Georg Kummer



Flüchtlinge: Bleibt und kämpft!

Die SLP ist seit Jahren gegen Abschiebungen aktiv. Wir haben erfolgreiche Kampagnen wie die gegen die Abschiebung Ousmanes, eines Studienaktivisten aus Guinea, oder für das Bleiberecht der Wiener SchülerInnen Denis

ralien kampagnisiert die „Socialist Party“ gegen die Bedingungen in Flüchtlingslagern. In Griechenland hat „Xekinima“ ganze Gruppen von Flüchtlingen durch den Kampf gegen Abschiebungen politisiert und für den Kampf

Ausbeutungsverhältnisse nicht aufgreifen und oft sogar demobilisierend und ablenkend wirken. Als SozialistInnen nehmen wir aber die grundlegenden Ursachen für Flucht in Angriff und fokussieren unsere Kräfte auf den Sturz die-

terstützen Bewegungen von ArbeiterInnen für höhere Löhne, das Recht Gewerkschaften zu bilden und für bessere Arbeitsbedingungen. Diese Kämpfe geben den Menschen auch eine Perspektive, zu bleiben und für ihre Rechte

gen und Fluchtursachen untrennbar mit den Kampf gegen das kapitalistische System an sich verbunden. Schlüsselindustrien, agrarische Großbetriebe und Banken müssen den privaten Händen entrissen werden. Dafür kämpfen SozialistInnen im CWI von der „ersten“ bis zur „dritten“ Welt gemeinsam. Nur, wenn die Reichtümer dieser Welt sich unter demokratischer Kontrolle derer befinden, die sie produzieren, nur, wenn die Wirtschaft nach Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet ist und nicht nach Profiten, können Armut, Hunger, Krieg, Umweltzerstörung und andere Fluchtursachen wirksam bekämpft werden.

Das CWI kämpft international für eine Welt, in der niemand mehr fliehen muss. Das bedeutet vor allem, in den Ländern, aus denen Menschen fliehen, eine sozialistische Alternative aufzubauen. Deswegen kämpft die SLP nicht nur in Österreich gegen Abschiebungen, sondern unterstützt die Arbeit ihrer Schwesterorganisationen in Ländern, die von Auswanderung betroffen sind, nach Kräften.

Sebastian Kugler

Als SozialistInnen kämpfen wir für Bleiberecht in Österreich und gegen Fluchtursachen vor Ort.

und Jovana, initiiert. Die SLP gründete gemeinsam mit anderen die Plattform „Familien und FreundInnen gegen Abschiebung“, die eine wichtige Rolle in der Flüchtlingsbewegung spielt. In vielen anderen Ländern leisten Schwesterorganisationen der SLP ähnliche Arbeit. Wie die SLP sind sie Teil des „Committee for a Workers International“, einer weltweiten sozialistischen Organisation. In Schweden ist die „Rättvispartiet Socialisterna“ führend im Widerstand gegen Abschiebungen. In Britannien mobilisiert die „Socialist Party“ GewerkschafterInnen für Bleiberecht. In Deutschland unterstützt die „Sozialistische Alternative“ lokale Anti-Abschiebungskampagnen und in Aust-

gegen die Fluchtursache Nr 1 gewonnen: den Kapitalismus.

Es ist wahr, dass das Problem von Flucht nicht in Österreich oder Europa gelöst werden kann. Es stimmt, dass es dafür strukturelle Veränderungen in den Ländern, aus denen Menschen fliehen, braucht. Aber NGOs und ähnliche Strukturen haben sich als unfähig erwiesen, die wahren Probleme und Fluchtgründe in diesen Ländern zu bekämpfen. Allzuoft beschränken sie sich darauf, lokal Symptome zu bekämpfen. Oft führt dies dazu, dass Energien und Ressourcen nicht für politische und soziale Kämpfe benützt werden. Stattdessen werden sie in Projekte investiert, die die strukturellen

ser Verhältnisse.

Länder wie Nigeria verfügen über gigantische Reichtümer, aber während sich eine kleine Minderheit und multinationale Konzerne wie Shell daran bereichern, lebt die Mehrheit in Elend und muss Flucht in Erwägung ziehen. „Democratic Socialist Movement“ (CWI in Nigeria) kämpft dafür, dass die Reichtümer des Landes seinen BewohnerInnen zugute kommen. Dasselbe verfolgt die „United Socialist Party“ in Sri Lanka oder „Socialist Movement Pakistan“.

CWI-Sektionen in von Auswanderung betroffenen Ländern unterstützen und organisieren ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche, um zu kämpfen statt zu fliehen. Sie un-

einzustehen. Der sechstägige Generalstreik gegen Benzinpreiserhöhungen in Nigeria Anfang 2012 ist ein gutes Beispiel dafür. Vor allem sind CWI-Sektionen am Aufbau politischer Alternativen zu den verrotteten Parteien in ihren Ländern beteiligt. Der Aufbau einer politischen Kraft, in der sich ArbeiterInnen, Jugendliche und Arbeitslose organisieren und die Machtverhältnisse in ausgebeuteten Ländern angreifen können ist die effektivste Waffe gegen Flucht. In Südafrika hat das CWI vor kurzem die „Workers and Socialist Party“ initiiert, die nun eine wachsende Anzahl von ArbeiterInnen im Kampf gegen Ausbeutung vereint.

Für SozialistInnen ist der Kampf gegen Abschiebung-

Frei.Wild: Rechtsrock im Mainstream

In Deutschland allein zählt der Verfassungsschutz 165 Rechtsrockbands. Im ganzen deutschsprachigen Raum werden Nazikonzerte organisiert, von denen oft eine Bedrohung für Linke und MigrantInnen ausgeht, da sie als Vernetzungstreffen dienen und im Anschluss schon mal geprügelt wird. Immer wieder werden solche Auftritte durch linke Mobilisierungen verhindert bzw. erschwert, wie im November 2012 ein „Death in June“-Konzert in Wien auf Initiative der SLP. Meist finden sie jedoch statt. Rechtsextreme bis faschistische Organisationen arbeiten mit Bands zusammen und erhoffen sich davon ein rebellisches Image – z.B. verteilte die NPD vor Schulen Rechtsrocksampler, um ihre „Botschaft“ in eingängige Sounds gehüllt zu verbreiten.

Rechtsrock ist großteils ein Nischenmarkt, es kommt aber vor, dass Bands den Sprung in den Mainstream schaffen. Das bekannteste Beispiel sind die „Böhsen Onkelz“, das neuste „Frei.Wild“, die seit Monaten in den Medien präsent sind. Mit steigender Bekanntheit sehen sie sich zwar gezwungen, sich vom Rechtsextremismus zu distanzieren – aber nur so weit wie für die Massentauglichkeit

nötig und mit klaren Signalen an die rechten Fans. Die Texte bleiben gespickt mit Nationalismus, Blut- und Boden-Ideologie und einschlägigen Codes. Die rechte Szene, aus der ihr Sänger Burger eindeutig stammt, sieht sie als ihre Band (auch Strache ist Fan und freut sich über Südtirol-Nationalismus).

Solange sich Geld schelfeln lässt, hat die Musikindustrie damit kein Problem. Frei.Wild sollten nach zwei Alben mit Goldstatus für den „Echo“ nominiert werden – nach Absagen anderer KünstlerInnen wurden sie wieder ausgeladen. Auch der Auftritt am „With Full Force“-Festival (Deutschland) musste nach Protesten von Fans, Bands und sogar Sponsoren abgesagt werden. Dennoch können sie die meisten ihrer Konzerte spielen: Solange Profite drin sind, hat das Gros der Veranstalter kein Problem mit den Inhalten. Im Wiener Gasometer traten Frei.Wild bereits auf und erntete prompt eine Grußbotschaft von „Identitären“. Im Mai sind Konzerte in der Grazer Stadthalle und in Kufstein geplant. Um die Konzerte zu verhindern, ist eine breite antifaschistische Mobilisierung und die Aufklärung der Bevölkerung notwendig.

Flo Klabacher



Niemals vergessen!

Mit jedem Kilometer, den der Bus näher auf das Ziel zurollt, steigt die Spannung. Durch Referate wird

waren in Mauthausen vor allem auch WiderstandskämpferInnen aus ganz Europa inhaftiert.

remen in Oberösterreich. Auch die FPÖ stellt trotz Wahlniederlagen weiterhin eine große Gefahr dar. Genau diese, vom Staat verschleierte Verbindungen, zeigen wir auf.

Blaue müssen draußen bleiben! Mauthausen feiert Befreiung.

die Bedeutung der Verbrechen in Mauthausen erklärt.

Unzählige Parteien und Organisationen sowie Überlebende finden sich jährlich im ehemaligen Konzentrationslager ein, um der über 200.000 Inhaftierten (davon wurde knapp die Hälfte ermordet) zu gedenken und die Befreiung vom Nazi-Regime zu feiern. Neben „rassistisch“ Verfolgten

Die SLP ist jedes Jahr vor Ort, um an den Feierlichkeiten teilzunehmen. Denn während der Staat sich im Antifaschismus auf die moralische Ebene beschränkt, ist es uns besonders wichtig, die Befreiungsfeier mit aktuellen politischen Ereignissen zu verbinden. So ist der Aufstieg der „Identitären“ ebenso beunruhigend wie die Aufdeckung der gewaltbereiten Rechtsext-

Heuer finden die Feierlichkeiten am 12. Mai statt. Wir werden gemeinsam mit dem Bus nach Mauthausen fahren, um daran teilzunehmen. Wenn du mitfahren möchtest und auch aktiv gegen Rechtsextremismus und Nationalsozialismus werden möchtest, melde dich bei slp@slp.at und hol dir weitere Informationen.

Gabriel

Gedenkfeier Mauthausen:

So., 12. Mai. 2013
Anmeldung: slp@slp.at



Südafrika: Politischer Kampf gegen Frauenunterdrückung

Das Democratic Socialist Movement (Schwesterorganisation der SLP in Südafrika) hat mit SchülerInnen Proteste gegen sexuelle Belästigung organisiert. Die Kampagne umfasste Kundgebungen, Seminare und Selbstverteidigungskurse. Gerade in Südafrika sind Frauen mit Angriffen konfrontiert. Abgesehen von der katastrophalen sozialen Situation gibt es schockierende Fälle wie Schulverweise von schwangeren Schülerin-

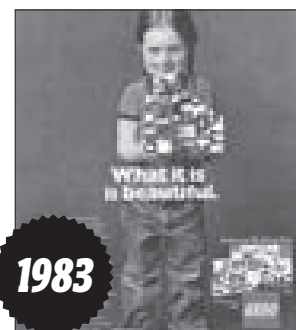
nen oder Vergewaltigungen von lesbischen Frauen. Bei sexuellen Übergriffen ist HIV/AIDS eine ständige Bedrohung. Die weltweiten Erfahrungen zeigen, dass sexuelle Gewalt unmittelbar zurückgedrängt wird, wenn Frauen sich wehren und Kampagnen gegen sexuelle Belästigung und häusliche Gewalt organisieren – auch gemeinsam mit Männern, die dagegen aktiv sind.

Jan Millonig

Fundstück des Monats

Bau Dir dein Frauenbild!

Lego vor 30 Jahren: Die universelle Steinebox – Mädchen können alles. Lego heute: die rosa Mädchen-Steinebox. „Bau...all deine Träume in Rosa und Pink“. Träume reichen, 30 Jahre Frauenbewegung: gibt's nicht!



1983



2013



Venezuela:

Wie weiter nach Chavez?

Chávez ist am 5. März seinem Krebsleiden erlegen. Nun finden am 14. April Neuwahlen statt. Chávez hinterlässt ein enormes Vakuum. Der neue Anführer des Chavismus, Nicolás Maduro, wird die internen Spannungen des Chavismus zwischen Mi-

wird die Wahl sehr wahrscheinlich gewinnen. Ohne Zweifel wird auch die Rechte versuchen, wieder Terrain gutzumachen. Trotzdem: Die Stimmung der Massen scheint der Rechten nur sehr kleinen Raum für Erfolge zu lassen.

Die politische Führung

vergangenen Jahr ergeben sich lediglich aus der Beteiligung des Staates an den sozialen Wohnbauprogrammen. Bereits im Februar entwertete die Regierung die nationale Währung, um das Steuerdefizit zu verbergen und der Wirtschaft etwas Luft zu

“nationalen Trauer” mit eindrucksvollen Mobilisierungen gezeigt, dass die Revolution weitergehen muss, und sie keine Rückschritte dulden werden. Weitere Reformen wären ein Schritt nach vorne, aber wie die Reformen der Vergangenheit bedeuten sie nicht, dass wir bereits im Sozialismus angekommen wären. Dazu wäre es nötig, mit dem bürgerlichen Staat vollständig zu brechen und die Produktionsmittel, die Grundlage des Reichtums des Landes, im Rahmen einer demokratisch geplanten Wirtschaft unter ArbeiterInnenkontrolle zu vergesellschaften. Der revolutionäre Prozess kann nur dann weitergeführt werden, bzw. der Kapitalismus, der Bürokratismus und die politische Rechte nur dann bezwungen werden, wenn die Basis-Organisationen die Macht übernehmen. Das geht nur durch Aufbau von demokratisch gewählten Komitees auf allen Ebenen.

- **Verstaatlichung** der Produktionsmittel unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die Beschäftigten
- **Einrichtung** von Soldatenkomitees und revolutionären

Verteidigungskomitees in den Nachbarschaften mit jederzeitiger Wahl- und Abwählbarkeit

- **Ausweitung** der Sozialeinrichtungen (misiones) in den Bereichen Gesundheit, Arbeit und Wohnen mit einem demokratischen Plan zur Sicherstellung des freien Zugangs unter der Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen und Nachbarschaften
- **Zentralisierung** und Aufbau von Staatsmonopolen unter der Kontrolle der ArbeiterInnen, damit der Außenhandel (Importe und Exporte) geregelt wird, um der Spekulation und der Kapitalflucht ein Ende zu setzen
- **Planwirtschaft**, die ihre Wurzeln in den einzelnen Betrieben und den Komitees in den Wohnvierteln hat, damit die gesellschaftlichen Bedürfnisse auf der Grundlage von nachhaltigem Wachstum und Umweltschutz diskutiert und abgestimmt werden können.

Johan Rivas,
Socialismo Revolucionario
(CWI Venezuela)
www.socialismorevolucionario.org.ve

Neuwahlen nach Chávez leiten neue Periode von Widersprüchen und politischer Polarisierung ein.

litär und zivilem Sektor managen müssen. Obwohl die beiden Flügel nach außen hin Zusammenhalt zeigen, gibt es Differenzen über den weiteren Kurs. Gleichzeitig musste die Rechte in weniger als drei Monaten zwei Wahlschläppen hinnehmen, was zu Demoralisierung ihrer sozialen Basis und zu Spaltungen innerhalb der Koalition MUD geführt hat. (MUD: Mesa de la Unidad Democrática; 2008 gegründete bürgerliche Oppositionsbewegung mit neoliberalen Programm; Anm.)

Die Perspektiven für Venezuela sind schwer abzuschätzen. Zu denken, der Tod von Chávez wäre gleichbedeutend mit dem Tod des „Chavismus“, wäre ein Fehler. Maduro

des Chavismus steht vor großen Herausforderungen: die Wirtschaftslage des Landes ist sehr instabil. Trotz der Errungenschaften in den vergangenen vierzehn Jahren wie Verstaatlichungen, soziale und politische Reformen, hat Chávez weder die Eigentumsverhältnisse grundlegend angetastet noch mit dem Kapitalismus gebrochen. Immer noch sind 96 % des BIP von der Erdölindustrie abhängig. Über 60 % der Nahrungsmittel sowie der für den Massenkonsum hergestellten Güter werden importiert.

Die Weltwirtschaftskrise klopft an die Türen Venezuelas. Die Inflation steigt und erhöht die Nahrungsmittelpreise. Die positiven Wachstumswahlen im

verschaffen. Weitere ökonomische Maßnahmen sind zu erwarten. Da die Regierung den Kapitalismus akzeptiert, wird sie versuchen, der ArbeiterInnenschaft die Last der Krise aufzubürden. Wenn sie aber unpopuläre Maßnahmen setzt, hat sie nun keinen Chávez mehr, der die Massen beschwichtigen oder in Zaum halten könnte. Das bringt sie in eine schwierige Situation.

Wir können daher nicht ausschließen, dass sie unter dem Druck der Massen die Verstaatlichungen und Sozialprogramme des Chavismus fortsetzen könnte – ihrerseits Ergebnis des Drucks von unten seitens der armen Bevölkerung und der ArbeiterInnenschaft. Die Massen haben während der Tage der

Irak: Zehn Jahre danach

Nicht nur die Lügen über die Gründe für den Irakkrieg (Massenvernichtungswaffen, atomare Ambitionen, Verbindungen mit al-Qaida) sind wie ein Kartenhaus zusammengefallen. Das gleiche gilt auch für den Irak selbst. Die Statistiken sprechen für sich. 143.800 – 637.400 IrakerInnen (niedrigste bis höchste Schätzung) sind dem Krieg, der Besatzung und dem de-facto Bürgerkrieg zum Opfer gefallen. Die Koalition verlor 4.805 Soldaten. Wirtschafts-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz schätzt die Gesamtkosten des Krieges auf ca. 3 Billionen (!) USD.

Seit 2003, ungebrochen durch den Abzug der US-Truppen tobt im Irak ein bisher ungekannter sektiererischer Konflikt. Die Versprechen von Stabilität, Demokratie und Wohlstand des Jahres 2003 wirken heute mehr denn je als Verhöhnung der Realität. Darum ging es auch nie; interessant waren von Anfang an die Erdölreserven des Irak und Kontrolle über ein potenziell gefährliches regionales Machtzentrum. Was bleibt 10 Jahre danach? Westliche Ölkonzerne haben zwar weiterhin lukrative Verträge, die Regierung al-Maliki stützt sich jedoch auf die schiitische Mehrheit und ist zunehmend ein Klient der

Ayatollahs in Teheran. Das Land versinkt in sektiererischer Gewalt mit täglichen Anschlägen und ethnischen Säuberungen.

Alle Versprechungen und Konzepte der westlichen Herrschenden sind gebrochen und gescheitert. Gibt es einen Ausweg aus dem Kreislauf von Krieg, Bürgerkrieg und Elend? Letztlich kann nur eine gemeinsame Bewegung von ArbeiterInnen und Jugendlichen aller religiösen und ethnischen Gruppen einen gangbaren Weg zeigen. Das heißt nicht, die Menschen in nationale Grenzen zu zwingen: wenn z.B. die kurdische Bevölkerung einen eigenen Staat haben will, hat sie das Recht dazu! Entscheidend ist aber der gemeinsame Kampf der ArbeiterInnen für demokratische und soziale Rechte, die Verstaatlichung des Erdöls unter demokratischer Kontrolle und die Verteilung des Reichtums an die Bevölkerung, demokratische Selbstverteidigungskomitees gegen sektiererische Angriffe, multiethnische/-religiöse Gewerkschaften und eine gemeinsame sozialistische ArbeiterInnenpartei sind die einzigen Möglichkeiten, um einen Ausweg aus dem Albtraum an Euphrat und Tigris zu ermöglichen.

Jan Rybak



Feuer mit Feuer bekämpfen?

Gordon Bajnai kandidiert, gestützt auf Teile der Opposition 2014 gegen Regierungschef Viktor Orbán. Der ehemalige Sozialdemokrat war bereits

Bereichen zu verantworten: Er hat die Pensionskassen geplündert, Zwangsarbeit für Arbeitslose erlassen, Gewerkschaften enorm geschwächt. Eigent-

rung... Dennoch wird Bajnai von der Gewerkschaftsbewegung Sólidaritás unterstützt. Das drückt wohl die Ratlosigkeit von deren Führung aus, die immer

Ungarns bürgerliche Opposition steht hilflos vor einer drohenden Diktatur

2009/10 Technokraten-Ministerpräsident „von Troikas Gnaden“: Eine Phase mit heftigen Angriffen auf Soziales, die zum Erfolg Orbáns rechtsextremer Fidesz-Partei führte. Er stellt sich als Kandidat mit Wirtschaftskompetenz dar, der Ungarn wieder internationales Ansehen verschafft. Das bedeutet die Rückkehr der Troika in die Regierung!

Orbán selber hat heftigste Kürzungen in beinahe allen

lich in etwa das, was wohl auch die Troika wollte, aber eben „national unabhängig“. Das ist der Troika zu unsicher, denn Orbán schützt zuerst die Interessen der ungarischen Herrschenden, z.B. durch hohe Besteuerung ausländischer Unternehmen. Bajnai ist also der Kandidat der europäischen, Orbán jener der ungarischen Reichen. Beide sind keine gute Wahl für die Mehrheit der Bevölke-

noch Lösungen im Kapitalismus sucht.

Jede bürgerliche Alternative zu Orbán bedeutet eine Fortführung der Kürzungen! Die Antwort muss also aus der ArbeiterInnenklasse, aus sozialen Bewegungen kommen: Das CWI in Ungarn fordert einen Generalstreik und die Formierung einer neuen Partei mit sozialistischem Programm!

Tilman M. Ruster

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Gründung der „Workers and Socialist Party“

Südafrika: Seit Monaten gibt es in Südafrika eine Streikbewegung (vor allem im Bergbau). Es kam zu Angriffen durch die Polizei und sogar einem Massaker. So bildeten sich Streikkomitees, die sich landesweit vernetzten. Dabei spielte das Democratic Socialist Movement (CWI in Südafrika) eine zentrale Rolle. Gemeinsam mit Gewerkschaften wurde am 21. März die „Workers and Socialist Party“ gegründet. Es nahmen über 500 Ar-

beiterInnen, Delegierte der Bergarbeiterkomitees, AktivistInnen aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen teil, auch Joe Higgins, EU-Parlamentarier der Socialist Party (CWI in Irland). In einem 5-Punkte-Programm fordert die Partei unter anderem die Verstaatlichung der Banken, Konzerne und Schlüsselindustrien unter demokratischer Kontrolle der ArbeiterInnen und Gesellschaft. Auch die Schaffung von Arbeitsplätzen

mit einem Mindestlohn von 1.100 €, das Ende von Kürzungen, ein massives Investitionsprogramm in Wohnen, Energie- und Wasserversorgung, öffentlichen Verkehr und Soziales und eine öffentliche Bildung und Gesundheitsversorgung für alle. Ziel ist es, eine Million Unterstützungserklärungen zu sammeln und im nächsten Jahr bei den Wahlen anzutreten. Bis dahin wird es einige Kampagnen geben.

workerssocialistparty.co.za

USA: Eine Stimme für die 99 %!

Kshama Sawant, Lehrerin und Aktivistin der Socialist Alternative (CWI in den USA), hat 2012 mit 29 % (in ihrem Wahlkreis in Seattle) ein klares Zeichen gegen das Establishment gesetzt. Sie wurde von einigen Gewerkschaften unterstützt. Damals war es für das Repräsentantenhaus des Bundesstaats, jetzt wird sie für den Stadtrat von Seattle kandidieren. „Die regierenden Demokraten dienen den Reichen, während arbeitende Menschen mit un-

bezahlbarem Wohnen, gekürzten Sozialleistungen, niedrigen Löhnen und hohen Steuern konfrontiert sind.“, meint Kshama. Sie fordert eine Reichensteuer, um öffentliche Bildung, grüne Jobs, den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und einen Mindestlohn von 15 \$ pro Stunde zu finanzieren. Weitere Kampagnen: Gegen Polizeirepression und gegen ein umweltschädigendes Kohleförderungsprojekt.

votesawant.org

Was tun gegen Nahrungsmittel-Skandale?

Kaum ein Monat vergeht ohne Nahrungsmittelskandal. Manche verderben einem nur den Appetit, andere sind gefährlich. Der Ruf nach mehr Kontrolle und KonsumentInnen-Macht wird laut. Eine Debatte über Möglichkeiten und Grenzen zwischen *Wolfgang Pirklhuber* von den Grünen und *Helga Schröder* von der SLP.

Agrarwende statt Agrarindustrie

Die **aktuellen** Lebensmittelskandale offenbaren die Krise der Lebensmittelindustrie! Wir Grünen stehen für Qualität statt Quantität, für regionale Produktkreisläufe und für kurze Transportwege. Wir kämpfen für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit in der Agrarpolitik und für ein gentechnikfreies Europa! Dafür braucht es einen qualifizierten Außenschutz für kleinbäuerliche Familienbetriebe und ein Ende des Export-Dumpings. Ernährungssouveränität bedeutet, dass die Bürgerinnen und Bürger die Lebensmittelmärkte aktiv mitgestalten. Politik mit dem Einkaufskorb muss solidarisch organisiert werden!

Derzeit werden in Österreich jährlich 500.000 Lebend-Schweine und 100.000 Rinder importiert. Das ist unnötiges Tierleid durch unsinnige Tiertransporte! Diese Tiere werden in Österreich geschlachtet und verarbeitet und kommen als österreichische Qualitätsprodukte – meist mit einer rot-weiß-roten Fahne – dann auf den Markt.

Wir Grünen sagen Wo Österreich draufsteht muss Österreich drin sein! – Daher fordere ich auch ein Gütesiegelgesetz, welches mit dem Etikettenschwindel Schluss macht. Wir brauchen klare Regeln für eine Herkunftskennzeichnung in Österreich und der EU. Wir wollen die Stärkung der regionalen Lebensmittelproduktion und keine Agrarfabriken! In Öster-

reich werden jährlich mehr als 500.000 Tonnen Gentechnik-Soja aus Brasilien, USA und Argentinien importiert. Davon kommt auch ein beträchtlicher Teil in den Futtertrug von AMA-Gütesiegel-Schweine! Dieses Futter hat mit Österreich nichts am Hut! Die KonsumentInnen wollen keine Gentechnik-Lebensmittel! Wir wollen 100 % gentechnikfreien Anbau auf dem Acker aber auch 100 % gentechnikfreie Fütterung! Die konsequenteste Umsetzung einer umweltorientierten Produktion ist der biologische Landbau! Für die Förderperiode 2014-2020 fordere ich die Verdopplung des Biolandbaus in Österreich und ein Ziel von 20 % für die gesamte EU.

Nur ein Gütesiegel-Gesetz, welches die Auslobung der Herkunft, den Aspekt der Regionalität und die Bewerbung von Tierschutz und Gentechnikfreiheit umfasst, kann dem Konsumenten mehr Sicherheit verschaffen! Fairer Handel umfasst auch Sozialstandards und das Verbot von Kinderarbeit! Für die Entwicklungsländer braucht es klare Vorrang-Regeln zum Schutz ihrer eigenen Lebensmittelversorgung. WTO und Weltbank müssen in die Schranken gewiesen werden – das Recht auf Nahrung ist ein Menschenrecht!

Wolfgang Pirklhuber,
Abgeordneter z. NR,
Sprecher für Landwirtschaft
und Lebensmittelsicherheit
der Grünen



Her mit der Macht der KonsumentInnen

Alle Kontrollstellen für Bio-Produkte sind Privatunternehmen. Sie sehen sich als „Dienstleister“ und „Partner“ für die Automobil- bis Chemieindustrie. Der Raiffeisen-Konzern ist dick im Bio-Geschäft. Kontrolle und Kennzeichnung sind gut, aber beschränkt. Die Schranke heißt Profit. Gesetze für Qualitätsstandards, Kennzeichnungen und Kontrollen sind für KonsumentInnen kaum nachvollziehbar. Was ist ein Siegel, das (und von wem?) geprüft wird und was sind nur Bezeichnungen/Marken, die ProduzentInnen sich selbst „verleihen“? Auch heben sie nicht die „Macht der KonsumentInnen“, sondern delegieren sie bloß an Regierung und Unternehmen.

Armut und Arbeitsbelastung steigen. Viele sind auf Sozialmärkte angewiesen und wenige können „faire Preise“ zahlen. Gesunde und ökologisch nachhaltige Ernährung erfordert Aufwand und Zeit. Das verlagert Ressourcen für solidari-

sche politische Kämpfe auf die individuelle Ebene. Die Kämpfe sind aber nötig, um KonsumentInnen tatsächlich Gestaltungsmöglichkeit zu geben. Oft wird ihnen die Verantwortung für Lebensmittelskandale aufgehalst, weil sie wenig für Nahrung ausgeben wollen. Wenn ein geringerer Teil des Einkommens für Lebensmittel ausgegeben wird als vor hundert Jahren, bleibt Geld für z.B. Kultur, Freizeit etc. Trotzdem hat sich Nahrung massiv verteuert, etwa Gemüse um 13% (!) im Gesamtjahr 2012.

Massenproduktion mit Tierquälerei, Umweltschäden und Lebensmittelskandalen gibt es, weil im Kapitalismus eben nicht bedürfnisorientiert produziert wird. Nur privilegierte Schichten der Gesellschaft (insb. global) können mit dem Einkauf Druck ausüben. Das ist nur durch Lösung der Nahrungsmittelproduktion von privaten Profiten änderbar. Kontrollen sind nur effektiv, wenn sie von

Organisationen der KonsumentInnen und Beschäftigten, wie etwa der Arbeiterkammer, nicht von profitorientierten Unternehmen ausgeübt werden. Beschäftigte in der Lebensmittelproduktion müssen durch Gewerkschaften organisiert und unterstützt sein, um bei ihrer Arbeit kontrollieren und angstfrei Missstände melden zu können.

Macht haben KonsumentInnen erst, wenn ihnen die Produktion gehört: Das bedeutet Verstaatlichung von Agrar- und Lebensmittelkonzernen und Führung der Betriebe unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten und KonsumentInnen und ihrer Organisationen. Nur so ist gewährleistet, dass Lebensmittel nach den Bedürfnissen der KonsumentInnen und damit ökologisch nachhaltig, gesund, tierfreundlich und für alle in hoher Qualität leistbar produziert werden.

Helga Schröder,
Sozialistische LinksPartei

SLP-Programm genau erklärt:

Für Urabstimmungen über Verhandlungsergebnisse und öffentliche Verhandlungen!

2012/13 gibt es eine Zunahme an Kämpfen. In Salzburg hat der Öffentliche Dienst gestreikt, in Ober-

österreich die Ordensspitäler. Teilweise gab es auch Abstimmungen über die Verhandlungsergebnisse. Das ist positiv. Belegschaften müssen die Möglichkeit haben, über die Ergebnisse der Verhandlungen, die sie betreffen, abzustimmen. Denn sie wissen besser als VerhandlerInnen mit hohen Gehältern, was das Ergebnis für sie bedeutet. Aber wie sehen die Abstimmungen im Detail aus? Gibt es um-

fassende Diskussionen? Wer bestimmt die Fragestellung – VerhandlerInnen oder Streikkomitee? Die KollegInnen, die in einem Streik das Risiko tragen, sollten über jede wichtige Entscheidung bestimmen können – Streikbeginn, Ende des Streiks, Forderungen, Kampfformen und Angebote. Streiks müssen aktiv geführt werden und brauchen Demokratie, um konsequent sein zu können. Dazu braucht es echte Diskussionen vor Abstimmungen. Eine Ablehnung des Ergebnisses bedeutet die sofortige Vorbereitung weiterer Kampfmaßnahmen. Verhandlungen müssen öffentlich geführt werden – tech-

Kämpferische und demokratische Gewerkschaften brauchen Transparenz und Mitbestimmung.

nisch kein Problem. Geheimverhandlungen nutzen nur den Unternehmen oder zaudernden GewerkschafterInnen – mit Öffentlichkeit und Streiks im Rücken verhandelt es sich besser. In Kasachstan gab es bei „Ypy-

sty“ einen Streik gegen die Schließung des Betriebes. Das demokratisch gewählte Streikkomitee organisierte täglich Streikmeetings mit der Möglichkeit zu ausführlicher Diskussion. Die Verhandlungen mit dem Management wurden als Pressekonferenzen öffentlich abgehalten. Der Fabriksbesitzer musste sich letztlich öffentlich verpflichten, den Betrieb mindestens 15 Jahre weiterzuführen.

gung zentral für mich. Die SLP ist in den Bereichen aktiv, die mir als wichtig und sinnvoll erscheinen. Aufgefallen ist mir auch, dass die Diskussionen kein abgehobenes Dahinphilosophieren auf höchstem theoretischem Niveau ist, wie ich das bei anderen Gruppen erlebt habe. Die SLP-Mitglieder erklären alles so, dass es auch verständlich ist, meist sogar, ohne dass man nachfragen muss.“

Gesucht und gefunden: Die SLP!

Marlene Mayer, 19, ist aus Oberösterreich nach Wien gekommen. „Ich war auf der Suche nach einer sinnvollen politischen Organisation, bei der ich mich organisieren wollte. Ziemlich schnell bin ich auf die SLP gestoßen und nach einem halben Jahr aktivem beobachten bin ich überzeugt, dass sie das richtige ist. Mit Asylrecht und Migration hab ich mich schon ewig beschäftigt und so war die Flüchtlingsbewe-

Marlene hat die SLP über mehrere Monate „aktiv beobachtet“. Sie hat an unseren Ortsgruppentreffen und Veranstaltungen teilgenommen, ist zu Aktionen und Demonstrationen gekommen. Sie hat sich intensiv mit unseren Ideen beschäftigt und viel mit SLP-Mitgliedern diskutiert. Lerne auch Du die SLP auf diesem Weg kennen und werde Mitglied!

Wer eine sozialistische Zeitung möchte, muss sie auch bezahlen!

Manche Medien lukrieren Millionen, indem sie – neben zweifelhafter Information – bis zu 50 % Inserate bringen. Millionen gibt's auch für Presse- und Vertriebsförderung. Vorwärts druckt keine Werbung, weil wir unabhängig bleiben wollen. Als Presseförderung bekommen wir rund 1.300.-/Jahr – dass deckt nicht einmal das Porto der Abonnements.

Dafür gibt es in Vorwärts Artikel aus der gan-

zen Welt, Informationen über antifaschistische Aktivitäten, theoretische Debatten zu aktuellen Themen und Berichte über soziale Bewegungen und Kämpfe.

Vorwärts ist subjektiv – immer auf der Seite der ArbeiterInnenklasse, der sozial Schwachen, der Unterdrückten. Um das monatliche Erscheinen der ältesten sozialistischen Zeitung Österreichs zu ermöglichen, brauchen wir neue AbonentInnen.

Wenn du noch keines hast/Sie noch keines haben – jetzt eines bestellen. Vorwärts ist dann 10x im Jahr im Postkasten. Und auch als Geschenk eignet sich ein Vorwärts-Abo hervorragend.

Besonders zu empfehlen ist das Alles-inklusive-Abo: Wer uns mit einem Dauerauftrag über 7.- EUR monatlich unterstützt, bekommt unsere Zeitung sowie alle unsere neu erscheinenden Broschüren zugesandt.

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
im **'Wiener Café'**
Esplanade Gmunden

NIEDERÖSTERREICH

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18⁰⁰ Uhr
im **'Stockwerk'**
Jakominiplatz 18

SLP-Ortsgruppe

jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
in der **'Pizzeria La Piazza'**
20., Gaussplatz 7
Linie 31; Linie 5A – Gaussplatz
bzw. Nähe U4 Friedensbrücke

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
im **'Alte Welt'**, Hauptplatz 4

SLP-Unigruppe

jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im **'Café Safran'**, Hinterzimmer
4., Gusshausstraße 20
U1 / U2 / U4 Karlsplatz

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im **'Shakespeare'**
Hubert-Sattler-Gasse 3
Nähe Mirabellplatz

SLP-Ortsgruppe

jeweils Mittwoch, 18³⁰ Uhr
im **'Gasthaus Zypresse'**
7., Westbahnstraße 35A
U6 Burggasse; Linie 5

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

Zahlreiche Termine und
Veranstaltungshinweise
auf www.slp.at

Andere über uns

Die KPD fordert „Justizares Wägen“ und Kapitalverhältnisschwächen sollen lang, die Wende sein 1991, wieder in den Nationalrat einzuwählen. Vielleicht sollen die Chancen nach dem föderalen Wähler in Graz im Vorjahr zu lassen, so die KPD hat ein Prozent der Stimmen erlangt. Auch die Sozialistische Linkspartei überlegt noch, in welcher Formation sie antritt, (wohl ist sie die „Die Linke“).

Keine Lust auf eine breitere Kandidatur via auch im Jahr 2013 hat Peter Dörmann, der sich engagiert um die Tiroler Landtagswahl zurückziehen wird. Auch „Kamer Österreich“ von Karl Walter Frensch und die „Sozialistische Kabare-Osterreicher“ des Schauspielers Karlheinz Haller werden nicht mehr auf dem Programm stehen. „Ich sehe keine Zukunft in der Parteilosheit“, begründet Frensch seine Entscheidung. Peter Haller sagt: „Als Künstler habe ich das Geld nicht dafür.“

Die Salzburger Nachrichten vom 27.3. berichten: „Auch die Sozialistische Linkspartei überlegt noch, in welcher Formation sie antritt.“ Weil es – trotz unserer Bemühungen – keine linke Bündniskandidatur bzw. neue Formation gibt, strebt die SLP eine Kandidatur bei den kommenden Nationalratswahlen an. Über Unterstützung um die bürokratischen und finanziellen Hürden zu meistern und für den Wahlkampf freuen wir uns...

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen
aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- **Normal-Abo**

€ 14,- **Sozial-Abo** für Menschen ohne eigenem Einkommen

ab € 7,-/Monat: **Alles inklusive Abo** (alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



Demo gegen rassistische Justiz in Wien

Mehr auf Seite 5

Gewerkschaften in die Offensive!

*Schluss mit Reallohnverlusten – Echte
Lohnerhöhungen statt fauler Kompromisse!*

Das Leben wird immer teurer. Untersuchungen zeigen, dass die Reallöhne in Österreich seit 2000 um bis zu 35% gesunken sind. Die Unternehmen nutzen die Krise, um erhöhten Arbeitsdruck oder sogar längere Arbeitszeiten sowie niedrige Lohnabschlüsse durchzusetzen.

Doch wir können uns das nicht mehr leisten! Wir wollen uns nicht mir schönen Worten und

Schulterklopfen über unsere gute Arbeit abspesen lassen.

Wir brauchen Lohn- und Gehaltsabschlüsse, die über der Inflationsrate liegen und die Verluste der letzten Jahre wettmachen.

Und dafür sind wir auch bereit, zu kämpfen. Bei diversen gewerkschaftlichen Mobilisierungen sind die KollegInnen auf die Straße gegangen. Be-

triebsversammlung wie bei den MetallerInnen und im Transportbereich, Kundgebungen und Demonstrationen wie im BAGS-Bereich, Streiks wie bei den Ordensspitalern in Oberösterreich oder im Öffentlichen Dienst in Salzburg: Zehntausende KollegInnen haben ihre Kampfbereitschaft gezeigt. Doch die Abschlüsse sind oft hinter den Forderungen, Bedürfnissen und



Möglichkeiten der Betroffenen zurück geblieben.

Wir müssen unsere Rechte und unseren Lebensstandard verteidigen. Schluss

mit faulen Kompromissen. Für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik, die Arbeitskämpfe entschlossen führt, bis die Ziele der Belegschaften erreicht sind.

Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

➤ Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.

➤ Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.

➤ Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!

➤ Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.

➤ Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

➤ Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.

➤ Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.

➤ Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle

➤ Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.

➤ Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.

➤ Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!

➤ SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

➤ Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.

➤ Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.

➤ Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.

➤ Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.